

Pressemitteilung vom 30. Jan. 2025

## „ÖDP Ansbach fordert bessere Krankenhausplanung!“ – Petition gestartet

**Appell an Söder: „Sorgen Sie dafür, dass die Ministerin ihren Job macht, sonst drohen Versorgungslücken!“**

Die ÖDP in der Stadt und im Landkreis Ansbach fordert die Staatsregierung auf, „endlich ihrer gesetzlichen Pflicht nachzukommen und die Krankenhausplanung landesweit aktiv zu gestalten“. Nur so könne die Krankenhausversorgung bedarfsgerecht und auf einem hohen medizinischen Niveau sichergestellt werden, heißt es in einer Petition, die die Bayern-ÖDP am 16. Jan. gestartet hat. Ortsvorsitzender Martin Berberich sieht darin ein Thema, das sicherlich auch noch bei der Kommunalwahl 2026 heiß diskutiert wird“.

Erst vor kurzem hat der bayerische Landkreistag in einem Brandbrief (Anhang) die Untätigkeit des bayerischen Gesundheitsministeriums kritisiert und beklagt, dass sich die bayerische Krankenhausplanungsbehörde bisher vollkommen aus der Verantwortung ziehe. Der Freistaat müsse jedoch aktiv werden, um einen kalten Strukturwandel mit Versorgungslücken einerseits und einem ruinösen Wettbewerb unter den Krankenhäusern auf der anderen Seite zu verhindern. Zudem sehe der Landkreistag mit großer Sorge, dass die politische Sprengkraft dieses Prozesses vom bayerischen Gesundheitsministerium auch nicht ansatzweise erkannt wird.

„Wir sehen das ebenso wie der Landkreistag“, sagen die Ansbacher ÖDP- Stadträte. Im letzten Jahr hätten nach Angaben der ÖDP sowohl der Präsident des bayerischen Gemeindetages, Uwe Brandl als auch der VdK Bayern eine aktivere Rolle Bayerns bei der Krankenhausplanung angemahnt. „Wir fordern das Gesundheitsministerium auf, seine Aufgabe als Krankenhausplanungsbehörde zu erfüllen, Verantwortung zu übernehmen und endlich proaktiv krankenhauserisch tätig zu werden. Das Ministerium muss eine klare, nachvollziehbare und medizinisch sachlich begründete Krankenhausstruktur für Bayern erstellen“, so die Forderung der ÖDP-Fraktion.

In Bayern würden dagegen die Maßnahmen für eine Umstrukturierung der Krankenhäuser aktuell vorwiegend von den Landkreisen und kreisfreien Städte ausgehen. Doch dies entspreche weniger einer zukunftsorientierten Krankenhausplanung, sondern sei dem wirtschaftlichen Druck geschuldet, unter dem die Krankenhäuser seit vielen Jahren stehen, wie zum Beispiel auch bei ANregiomed. Maria Hetzel, Vertreterin der Kreistagsfraktion, meint dazu: „Viel sinnvoller wäre es, für ganz Bayern eine vorausschauende, steuernde und gestalterische Krankenhausversorgung zu entwickeln: Was soll wo angeboten werden? Dies wäre auch notwendig, um den Krankenhausträgern einerseits Planungssicherheit und andererseits auch die notwendigen finanziellen Mittel zu geben“.

Die Untätigkeit der bayerischen Gesundheitsministerin Judith Gerlach ist in den Augen der ÖDP „eine echte Gefahr für die künftige stationäre, medizinische Versorgung unserer Bürgerinnen und Bürger“.

Deshalb fordert die ÖDP den bayerischen Ministerpräsidenten Markus Söder auf: **„Sorgen Sie dafür, dass die zuständige Ministerin endlich ihren Job macht oder geben Sie diese Aufgabe in andere Hände!“**



Die Bundesländer sind nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG § 6 Abs. 1) verpflichtet, Krankenhauspläne und Investitionsprogramme aufzustellen. Zweck dieses Gesetzes „ist die wirtschaftliche Sicherung der Krankenhäuser, um eine qualitativ hochwertige, patienten- und bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung mit leistungsfähigen digital ausgestatteten, qualitativ hochwertig und eigenverantwortlich wirtschaftenden Krankenhäusern zu gewährleisten und zu sozial tragbaren Pflegesätzen beizutragen.“<sup>[1]</sup>

Für die Ansbacher Stadtratsfraktion

Für die Ansbacher Kreistagsfraktion

Friedmann Seiler

Maria Hetzel

**[1]** Krankenhausfinanzierungsgesetz § 1 Abs. 1

---